Gemeinde Strengen

A-6571 Strengen

Strengen, am 18.10.2021
e-mail:gemeinde@strengen.at

PROTOKOLL Nr.05/2021

der Gemeinderatsbeschlüsse vom 14.10.2021

im Sitzungssaal der Gemeinde Strengen

Beginn: 20 Uhr 00

Ende: 23 Uhr 30

Anwesend: Bgm. Ing. Sieß Harald, Bgmstv. Zangerl Reinhard, Juen Richard, Zangerl Markus, Senn Bertram, Seifert Kathrin, Neuhauser Gernot, Zangerl Heiko, Haueis Friedrich, Zangerl Wolfgang, Hellweger Werner,

entschuldigt Mark Simon, Zangerl Manfred, Spiss Waltraud als Ersatz für Mark Simon

Tagesordnung:

1. Lesung und Genehmigung des Protokolls vom 15.07.2021
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Bericht Substanzverwalter über Angelegenheiten der Gemeindegutsagrargemeinschaft
4. Beratung und Beschlussfassung zur grundbücherlichen Durchführung eines Teilungsplanes GZ.110/2021 gem.§ 13 LiegTeilG Kramategg
5. Beratung und Beschlussfassung zur Umstellung Schulbus Gelegenheitsverkehr Innerberg - Mittelberg
6. Beratung und Beschlussfassung zur Auflage und Erlassung von angesuchter Flächenwidmungsplanänderung Unterverill Bereich Gp.1954
7. Beratung und Beschlussfassung über Verlängerung Pachtvertrag beim RCH
8. Aussprache über diverse Angelegenheiten zu den Abschlussarbeiten der WLW Dawinbach Klaus
9. Beschlussfassung Abschluss Vereinbarung und Änderungen bestehenden Satzung Abwasserverband oberes Stanzertal
10. Beratung und Beschlussfassung über die Änderungen Vereinsstatuten der Umweltwerkstatt für den Bezirk Landeck
11. Aussprache zur Vorgangsweise, betreffend Vergabe Urnengräber
12. Beratung und Beschlussfassung zu diversen Spendensuchen
13. Personalangelegenheiten
14. Anfragen, Anträge, Allfälliges

Bgm. Ing. Sieß Harald begrüßt die anwesende Gemeinderätin, die Gemeinderäte zur heutigen Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit nach § 44 TGO fest.

1. Lesung und Genehmigung des Protokolls vom 15.07.2021

Das Protokoll vom 15.07.2021 wurde jedem Gemeinderat, sowie den ersten Ersatzmitgliedern per E-Mail übermittelt. Es gibt keine weiteren Ergänzungen bzw. Einwendungen zum Protokoll. Auf das Verlesen des Protokolls wird einstimmig verzichtet und das Protokoll wird von den anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates genehmigt und unterzeichnet.

2. Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet über Zusammenkünfte – Versammlungen seit der letzten GR-Sitzung.

- Bei der Baustelle Dawinbach Klaus sind derzeit die Fertigstellungsarbeiten im Gange
- Die Arbeiten an den Friedhofstiegen sind ebenfalls kurz vor der Fertigstellung
- Bei der Pumpstation Wassermühle traten wieder erhebliche Probleme auf. Grund dafür ist die Abnutzung der Verschleißteile und der damit verbundene Rückfall bei der Leistungsfähigkeit bis hin zum Komplettausfall. Die Verschleißteile wurden sofort bestellt, aufgrund der Coronasituation ergaben sich diesmal allerdings erhebliche Liefertermine. Aufgrund der langen Dauer des Ausfalls wurde von der Behörde angeordnet umgehend Maßnahmen zur Entsorgung der anfallenden Abwässer zu treffen – Bürgermeister teilt dem Gemeinderat mit wie dies abgewickelt werden konnte, bis die defekten Pumpen wieder repariert und der Betrieb wieder aufgenommen werden konnten. Dazu werden einige Maßnahmen besprochen wie in Zukunft solchen Situationen entgegengesteuert werden könnte. Erstens sollte eine optische Begutachtung des Kanalsystems erfolgen und in weiterer Folge wäre eine Kamerabefahrung zu überlegen. Als zwingend erforderlich wird der Ankauf einer Ersatzpumpe angesehen, was im Endeffekt dazu führen würde, dass eine derartige Situation nicht mehr eintreten könnte und nebenbei könnten Kosten gespart werden (Anfahrts- und Reparaturzeiten der Techniker).
- KW-Bodenalpe wurde wieder eine Verhandlung im Gemeindeamt Kaisers abgehalten – es sind ist noch ein Gutachten ausständig, bevor durch die Behörde über die Verleihung des Wasserrechts und der Genehmigung der geplanten Sanierungsmaßnahmen entschieden werden kann.
- Gründung des neuen Gemeindeverbandes Schlachthof Fließ wurde durch die konstituierende Sitzung mit Wahlen des Vorstandes und Ausschusses besiegelt. Die Aufgabe des Verbandsausschusses ist es nun die maßgeblichen Parameter auszuarbeiten und der Vollversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- Baulandumlegungsübereinkommen Unterweg wurde unterzeichnet und konnte so nach zwei Jahrzehnten zum Abschluss gebracht werden.
- Angelegenheit Gliesgasse die Forderungen der Gemeinde konnten lt.Vzbgm.Zangerl eingebracht werden und wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Schneeräumung für kommenden Winter sollte dadurch besser erledigt werden können. Ebenso wurde noch angebracht, dass der Einsatz von einem Radlader nicht mehr so oft erforderlich sein dürfte.
- Vorstellung des neuen Gefahrenzonenplanes für die Gemeinde Strengen durch Vertreter der WLW wird am Mittwoch, den 20.10.2021 um 18 Uhr 30 im Gemeindesaal für den GR-erfolgen.
- LWL-Ausbau Strengen ist in der Planung. Es fand ein Gespräch mit Vertretern der A1 statt. Die A1 verfügt im Gemeindegebiet Strengen über ein Rohrnetz das der Gemeinde teilweise zur Verfügung gestellt werden könnte. Große Siedlungsbereiche am Inner-, Mittel- und Außerberg wären dadurch bereits erschlossen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Gemeinde mit der A1 einen Kooperationsvertrag abschließt. Der Gemeinderat spricht sich dafür aus dies weiterhin zu verfolgen.
- Almobmann Zangerl W. berichtet dem Gemeinderat über die wahrgenommene Aussprache mit den Verantwortlichen der Sennereigenossenschaft Sojer Steeg zu dem Milchpreisverfall für die Alpe Boden 2021 aufgrund der Covid-19 Pandemie.

3. Bericht Substanzverwalter über Angelegenheiten der Gemeindegutsagargemeinschaft

a) Beschlussfassung zur Auszahlung Unterstützung Milchkühe Alpe Boden und Dawin

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat die Ansuchen von der Alpe Boden mit 12 Stück und der Dawin Alpe mit 17 Stück, betreffend der Unterstützung der Strenger Milchkühe zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig unsere Bauern die noch Kühe auf unsere gemeindeeigenen Milchkuhalmen aufreiben in gewohnter Form zu unterstützen. Der Anweisungsbetrag pro Kuh soll € 50,00 betragen und an die angegebenen Bankverbindungen Alpe Boden und Dawin überwiesen werden.

b) Anfrage von Agrarobmann Strolz Peter zu Bewirtschaftungsholz

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat das Schreiben des Agrarobmannes zur Kenntnis. Darin wird der Gemeinderat ersucht, jeden Eigentümer der einen alten Pillen erhalten will durch die Zurverfügungstellung des erforderlichen Nutzholzes unterstützt. Diese Unterstützung sollte unabhängig davon sein, ob ein Pillen eingeforstet (durch Agrarrecht ohnehin abgesichert) oder nicht eingeforstet ist.

Zudem ist in dem Ansuchen angeführt, der Gemeinderat möge alle betreibenden Landwirte (auch Nichtmitglieder), die gewisse Kriterien erfüllen, ein jährliches Nutzholz zugestehen. Alle Landwirte, welche die noch festzulegenden Kriterien nicht erfüllen, könnten für die Sanierung ihrer landwirtschaftlichen Einrichtungen (Pillen ohne Rechtholzbezug) um eine entsprechende Zuweisung von Nutzholz bei der Gemeinde ansuchen.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 29.03.2021 bereits beschlossen, dass zur Erhaltung und Sanierung von allen alten bestehenden Pillen (eingeforstet oder auch nicht), den Eigentümern analog den Bezugsrechten der Agrar (Holzliste,..) ein Nutzholz aus dem Kontingent der GGAG zugewiesen werden kann. Dadurch soll ein Beitrag dazu geleistet werden, das typische Landschaftsbild mit den Ortsbildprägenden Landschaftselementen für die Zukunft zu erhalten.

Hinsichtlich des Weiteren Antragspunktes, dass alle betreibenden Landwirte (auch Nichtmitglieder), die gewisse Kriterien erfüllen, ein jährliches Nutzholz für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Pillen bekommen, fand bereits eine Beratung im landwirtschaftlichen Ausschuss statt. In dieser Beratung kamen die Vertreter des landwirtschaftlichen Ausschusses zu der Auffassung, dass der Bedarf für die Erhaltung der bestehenden Pillen durch den Beschluss des Gemeinderates vom 29.03.2021 bereits ausreichend abgedeckt ist und ein zusätzliches sogenanntes Bewirtschaftungsholz daher für die Erhaltung der Pillen nicht zwingend erforderlich wäre.

Unter Zugrundelegung dieser Argumentation schließt sich der Gemeinderat dieser Auffassung an und sieht derzeit auch nicht den unmittelbaren Bedarf an einem jährlichen Bewirtschaftungsholz.

c) Ansuchen Sailer Ambros Erwerb Grundfläche Steigsiedlung

Nachdem der Gemeinderat einem von Herr Sailer Ambros gestelltem Ansuchen um den Erwerb einer ca. 150m² großen Grundfläche nördlich des auf der Bp. .412 bestehenden Wohnhauses in einer der vorangegangenen Sitzungen nicht zustimmte, hat Herr Sailer nun sein Ansuchen konkretisiert und bei der Gemeinde neuerlich eingereicht.

In seinem Ansuchen vom 18.07.2021 erklärt Herr Sailer, dass er in nächster Zeit beabsichtigen würde die obere Wohnung familiengerecht ausbauen möchte. Für die Unterbringung der dafür erforderlichen Räumlichkeiten wäre allerdings ein Zubau an der Nordseite erforderlich. Eine Planskizze liegt dem Ansuchen bei und wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Im Gemeinderat entsteht eine Diskussion und es werden die Voraussetzungen für einen eventuellen Verkauf der Grundfläche festgehalten. Der Verkauf sollte zu einem ortsüblichen Baulandpreis erfolgen, dazu sollte ein Gutachten von einem Sachverständigen eingeholt werden. Im Hinblick auf die Schaffung einer künftig erforderlichen einheitlichen Bauplatzwidmung spricht sich der Gemeinderat dezitiert gegen eine Freizeitwohnsitzwidmung aus. Das Gebäude ist im Rahmen eines Hauptwohnsitzes bzw. den im Bauland zulässigen Nutzungen zu nutzen (Ferienwohnung, Privatzimmervermietung,..). Unter dieser Voraussetzung könnte einem Grundverkauf seitens des Gemeinderates zugestimmt werden.

Der Gemeinderat ist mit 9 Ja und 2 Nein Stimmen für diese Vorgangsweise.

4. Beratung und Beschlussfassung zur grundbücherlichen Durchführung eines Teilungsplanes GZ.110/2021 gem.§ 13 LiegTeilG Kramategg

Der Bürgermeister bringt dem GR die Sachlage zur Kenntnis. Aufgrund der Zusendung des Baubescheides zum Wohnhausneubau von Handle Anna Maria und Simon, wurde seitens der Anrainer eine Besichtigung Vorort durch die Baubehörde verlangt, da es anscheinend bei den Garagenausfahrten der südlich angrenzenden Reihenhäuser Probleme geben soll. Aufgrund der Begutachtung wurde vereinbart, dass die südliche Stützmauer der Familie Handle auf den in der Natur vorhandenen Straßenrand zurückversetzt werden sollte. Den dafür von der Familie Handle abzutretende Grund sollten sie an der nordseitig an ihren Bauplatz dazubekommen. Eine entsprechende Vereinbarung liegt unterzeichnet von den Parteien vor.

Nach der Fertigstellung der Mauer wurde die örtliche Gegebenheit durch das Vermessungsbüro GMT ZT-GmbH.,Außerdorf 21, 6591 Grins vermessen und die Vermessungsurkunde mit der GZ.: 110/2021 vom 04.10.2021 erstellt.

Die Vermessung zeigt, dass eine Grundinanspruchnahme im Ausmaß TF1 - 14 m² ergeben hat.

Diese TF 1 (14 m²) wäre dem öffentlichen Gut Straße der Gp.2690 zuzuschreiben. Die TF 2 (14 m²) ist der Gp.1660/28 Handle Anna-Maria und Simon zuzuschreiben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die grundbücherliche Durchführung des Teilungsplanes von GMT ZT-GmbH.,Außerdorf 21, 6591 Grins mit der GZ.:110/2021 vom 04.10.2021 nach den Bestimmungen des §13 des Liegenschaftsteilungsgesetzes zu veranlassen und die TF1 mit 14 m² dem öffentlichen Gut Gp.2690 zuzuschreiben und die TF 2 mit 14 m² aus der Gp. 1660/1 (Gemeindegutsagrargemeinschaft Strengen) der Gp.1660/28 (Handle Anna-Maria und Simon) abzutreten.

5. Beratung und Beschlussfassung zur Umstellung Schulbus Gelegenheitsverkehr Innerberg - Mittelberg

Aufgrund der kurzfristigen Ankündigung der Landecker Verkehrsbetriebe (SAD) den Gelegenheitsverkehr (Schulbus Innerberg-Mittelberg) zeitnahe einstellen zu wollen und der bestehende Vertrag mit Ende des letzten Schuljahres ausgelaufen ist, wurde mit dem Geschäftsführer der LVB vereinbart, dass die LVB im September den Betrieb für das Schuljahr 2021/22 aufnehmen soll, damit ein Schulbusbetrieb sichergestellt wäre. Bei einer weiteren Besprechung mit dem Geschäftsführer der LVB sah dieser die Möglichkeit die Dienstleistung für das kommende Jahr noch anzubieten und sagte zu der Gemeinde diesbezüglich ein Angebot zu legen. Das Angebot wurde erst kurz vor Beginn des neuen Schuljahres 2021/22 am 9.9.2021 eingebracht und sah eine Tagespauschale von € 622,16 brutto statt bisher € 484,00 brutto vor.

Aufgrund der großen Preissteigerung wurde vom Bürgermeister umgehend die GemNova eingeschaltet um bei der Einholung eines entsprechenden Angebotes behilflich zu sein.

Am 21.9.2021 wurde dann seitens der GemNova der Gemeinde Strengen ein Angebot übermittelt, demzufolge das Busunternehmen Paznauntaler den Schülertransport um eine Tagespauschale in der Höhe von € 401,50 brutto mit einem 28 Sitzer übernehmen würde. Da dieser Bus am Mittwochnachmittag nicht zur Verfügung steht, könnte diese Nachmittagsfahrt mit einem Taxi des Taxiunternehmens der Antoner zu einem Preis von € 80,00/brutto/Fahrt abgewickelt werden. Somit ergibt sich ein durchschnittlicher Tagessatz in Höhe von € 417,50 incl. Mwst.. Nach Rücksprache mit dem Gemeindevorstand wurde das Busunternehmen Paznauntaler und das Taxiunternehmen der Antoner mit der Durchführung des Gelegenheitsverkehrs mit Beginn 04.10.2021 beauftragt.

Der Gemeinderat berät über diese Vorgangsweise und beschließt einstimmig den Gelegenheitsverkehr für das Schuljahr 2021/22 an das Busunternehmen Paznauntaler und das Taxiunternehmen der Antoner zu vergeben. Seitens der Gemeinde werden noch die entsprechenden Verträge zur Unterzeichnung vorbereitet.

6. Beratung und Beschlussfassung zur Auflage und Erlassung von angesuchter Flächenwidmungsplanänderung

Im Hinblick auf die Genehmigung eines Bauvorhabens auf der Gp. 1954 hat der Eigentümer dieser Grundparzelle um die Herstellung einer einheitlichen Bauplatzwidmung angesucht. Nach den erfolgten Abklärungen mit den zuständigen Sachverständigen, hat sich nun ergeben, dass die Grundparzelle in eine Sonderfläche für Widmungen mit Teilfestlegungen § 51, umgewidmet werden soll. Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat die Sachlage zur Flächenwidmungsplanänderung zur Kenntnis. Und der Gemeinderat fasst folgende Beschlüsse:

Der Gemeinderat der Gemeinde Strengen beschließt gemäß § 68 Abs. 3 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBL. Nr. 101, idgF, einstimmig, den vom Planer Proalp ausgearbeiteten Entwurf vom 14.10.2021, mit der Planungsnummer 627-2020-00004, über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Strengen im Bereich 1954 KG 84014 Strengen (zur Gänze/zum Teil) durch 4 Wochen hindurch (vom 20.10.2021 bis 18.11.2021) zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Strengen vor:

Umwidmung

Grundstück 1954 KG 84014 Strengen

rund 175 m²

von Freiland § 41 in

Sonderfläche für Widmungen mit Teilfestlegungen § 51, Festlegung verschiedener Verwendungszwecke der Teilflächen [iVm. § 43 (7) standortgebunden], Festlegung Zähler: 1

sowie

rund 367 m²

von Landwirtschaftliches Mischgebiet § 40 (5)

in

Sonderfläche für Widmungen mit Teilfestlegungen § 51, Festlegung verschiedener Verwendungszwecke der Teilflächen [iVm. § 43 (7) standortgebunden], Festlegung Zähler: 1

sowie

Alle Ebenen (laut planlicher Darstellung) rund 42 m²

in Freiland § 41

sowie

Alle Ebenen (laut planlicher Darstellung) rund 14 m²

in Freiland § 41

sowie

Alle Ebenen (laut planlicher Darstellung) rund 353 m²

in Landwirtschaftliches Mischgebiet § 40 (5)

sowie

Alle Ebenen (laut planlicher Darstellung) rund 133 m²

in Landwirtschaftliches Mischgebiet § 40 (5)

Personen, die in der Gemeinde Strengen ihren Hauptwohnsitz haben und Rechtsträgern, die in der Gemeinde Strengen eine Liegenschaft oder einen Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Gleichzeitig beschließt der Gemeinderat gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2016 einstimmig die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

7. Beratung und Beschlussfassung über Verlängerung Pachtvertrag beim RCH

Die Schlosserei Spiss Josef, Bundesstraße 66, 6571 Strengen hat im Bereich Recyclinghof auf der gemeindeeigenen Gp. 2566/10 eine 557m² Grundfläche von der Gemeinde Strengen als Lagerfläche oder KFZ-Abstellfläche gepachtet. Der Pachtvertrag stammt aus dem Jahre 2013 und endet am 31.03.2023. Aufgrund der geplanten Betriebsübergabe an den Sohn Stefan Spieß, hat nun Herr Josef zum einen angefragt, ob der bestehende Pachtvertrag auch für seinen Sohn zur Anwendung kommt und gleichzeitig hat er um eine Pachtverlängerung um weitere 10 Jahre angesucht. Der Bürgermeister bringt dies dem Gemeinderat zur Kenntnis.

Hinsichtlich der Betriebsübernahme ist darauf hinzuweisen, dass der bestehende Pachtvertrag mit Herrn Josef Spiss bzw. dessen Rechtsnachfolger als Inhaber der Schlosserei Spiss abgeschlossen ist. Eine Umschreibung des Vertrages auf den künftigen Inhaber Stefan Spiss scheint daher nicht erforderlich zu sein.

Nach einer kurzen Diskussion bei der es hauptsächlich darum ging, wie kann sich die Gemeinde absichern, wenn die verpachtete Fläche für den Eigengebrauch benötigt würde, wird auf den Passus des bestehenden Vertrages verwiesen, wobei die dort festgelegte Zurverfügungstellung eines Ersatzgrundes auch eher schwierig erscheint. Bgmstv. Zangerl erinnert an die bald stattfindende Neuwahl des Gemeinderates und würde diese Entscheidung dem neu gewählten Gemeindeorgan überlassen.

Der Gemeinderat berät noch über das Ansuchen und beschließt dann mit 10 Ja und 1 Nein Stimme den bestehenden Pachtvertrag mit der Schlosserei Spiss (Lagerfläche auf der Gp. 2566/10) ab dem 01.04.2023 bis zu 31.03.2033 um 10 Jahre zu verlängern.

Die Nein Stimme wird wie folgt begründet. Aufgrund der auslaufenden Gemeinderatsperiode 2022, sollte dies der neue Gemeinderat beschließen bzw. erledigen.

8. Aussprache über diverse Angelegenheiten zu den Abschlussarbeiten der WLW Dawinbach Klaus

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat über die derzeit laufenden Abschlussarbeiten bei der Verbauung des Unterlaufes des Dawinbaches. Dazu sind noch einzelne Abklärungen notwendig wie dies zur Zufriedenheit der Anrainer und betroffenen Grundeigentümer durchgeführt werden soll.

Folgende Punkte sind noch zu erledigen:

- Asphaltierungsarbeiten Bereich FFW-Halle

Nördlich und südlich der bestehenden Feuerwehrezufahrt soll jeweils ein ca. 6m breiter Streifen für Parkzwecke mitasphaltiert werden. – (laut planlicher Darstellung von Bgm.)

- Flächenausgleich für Lorenz Daniel schaffen

Die Familie Lorenz hat vor der Verbauung über eine zusammenhängende, ca. 680 m² große, Grundfläche verfügt. Durch die Verbauung verbleiben östlich des Bachverlaufes noch ca. 400m², wobei die genaue Größe allerdings erst nach der erfolgten Vermessung fixiert werden kann. Die restliche Fläche (ca. 280m²) kann der Familie Lorenz westlich des Dawinbaches zugeteilt werden. Diese Fläche sollte jedoch ca. 5,0m hinter dem Fahrbahnrand (Zufahrt alte Säge) liegen. Dieser 5m Streifen verbleibt im Eigentum der Gemeinde. Nach Abtretung an die Familie Lorenz und der Ausweisung des 5m breiten Streifens entlang der Zufahrtsstrasse verbleibt zwischen dem Dawinbach und dem Anwesen von Wiestner Bruno noch eine Restfläche. (Größe geschätzt ca.100m²). Wiestner Bruno hat beim Bürgermeister nachgefragt, ob er diese Restfläche erwerben könnte. Der Gemeinderat stimmt diesem Grundwerber grundsätzlich. Detaillierte Vereinbarungen können allerdings erst nach der Grundvermessung erfolgen.

- Asphaltierungsarbeiten zu Haus Grissemann Peter

Im Auffahrtsbereich zum Anwesen des Herrn Grissemann Peter wird vom Projektträger der ursprünglich asphaltierte Bereich wieder mit Asphalt befestigt. Der Bauausschuss hat auf Ansuchen von Herrn Grissemann zugestimmt, dass der Bereich zwischen dem Anwesen von Grissemann und dem oben beschriebenen Asphalt durch die Gemeinde mitasphaltiert wird (inklusive eines Dreieckes das zum Eingangsbereich des Wohnhauses führt). Von Herrn Grissemann wurde nun der Wunsch an die Gemeindevertreter herangetragen, man möge die gesamte Zufahrt bis zu den

Garagen asphaltieren. Dazu fanden seitens des Bürgermeisters und des Bürgermeisterstellvertreters eine Besichtigung vor Ort statt, bei der Herr Grissemann mitgeteilt wurde, dass dies nicht möglich wäre. Es handelt sich dabei um eine private Zufahrt, welche lediglich über Grundstücke führen die sich entweder im Privateigentum der Gemeinde bzw. im Eigentum der Gemeindegutsagrargemeinschaft befinden. Nachdem in unserem Siedlungsgebiet noch einige öffentliche Straßen sind die noch nicht asphaltiert sind wäre dies nicht zu verantworten. Diesbezüglich verweist der Bürgermeister auf ein Ansuchen von Herrn Sieß Johann in dem dieser um Fertigstellung des Weges im Siedlungsgebiet ersucht. Dasselbe trifft beispielhafterweise auch auf das Siedlungsgebiet Unterbrunnen zu. Nach einer kurzen Diskussion stimmt der Gemeinderat mehrheitlich dieser Argumentation zu und kann dem ausgesprochenen Wunsch des Herrn Grissemann nicht zustimmen.

Zusammenfassend spricht sich der Gemeinderat dafür aus, dass die besprochenen Maßnahmen in der vorgetragenen Form abgewickelt und abgeschlossen werden sollten.

9. Beschlussfassung Abschluss Vereinbarung und Änderungen bestehenden Satzung Abwasserverband oberes Stanzertal

Der Gemeinderat der Gemeinde Strengen beschließt einstimmig, nachstehende Vereinbarung abzuschließen und die bestehende Satzung des Abwasserverbandes Oberes Stanzertal wie nachfolgende abzuändern:

VEREINBARUNG über die Bildung des Gemeindeverbandes „Abwasserverband Oberes Stanzertal“

Artikel I

1. Die Gemeinden St. Anton am Arlberg, Pettneu am Arlberg, Flirsch und Strengen – schließen sich zu einem Gemeindeverband gemäß § 129 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 – TGO, LBGL.Nr. 36, in der Fassung LGBl. Nr. 116/2020, zusammen.
2. Aufgabe des Gemeindeverbandes:
 - a. Planung, Errichtung und Betrieb einer Sammelkanalanlage und einer Verbandskläranlage
 - b. Überwachung sowie Wartung von abwassertechnischen Anlagen im Verbandsgebiet
 - c. Planung, Errichtung und Betrieb einer Tierkadaverstation
3. Der Name des Gemeindeverbandes ist „Abwasserverband Oberes Stanzertal“.
4. Der Sitz des Gemeindeverbandes ist in der Gemeinde St. Anton am Arlberg, Dorfstraße 46, 6580 St. Anton am Arlberg.
5. Der Gemeindeverband ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts.

Artikel II

Diese Vereinbarung über die Bildung des Gemeindeverbandes „**Abwasserverband Oberes Stanzertal**“ wird mit Inkrafttreten ihrer Genehmigung (Verordnung) durch die Tiroler Landesregierung wirksam. Zugleich tritt die Vereinbarung über die Bildung des Gemeindeverbandes „**Abwasserverband Oberes Stanzertal**“, zuletzt genehmigt mit Verordnung der Tiroler Landesregierung vom 27.09.2010, Zl. Ib-5928/26-2010, außer Kraft.

Abwasserverband Oberes Stanzertal

S A T Z U N G

§ 1

Organe des Verbandes

Die Organe des Gemeindeverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsobmann.

§ 2

Verbandsversammlung

- 1) Die Verbandsversammlung besteht gemäß § 135 Abs. 1 TGO aus den Bürgermeistern der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden, sowie aus dem Verbandsobmann und seinem

Stellvertreter. Die Gemeinde St. Anton am Arlberg stellt einen zusätzlichen Vertreter aus dem Gemeinderat der Gemeinde St. Anton am Arlberg. Ein Bürgermeister wird im Falle seiner Verhinderung durch die Bürgermeister-Stellvertreter der Reihe nach und bei deren Verhinderung durch das jeweils älteste der übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes vertreten. Die weiteren Vertreter müssen Mitglieder des Gemeinderates der jeweiligen Gemeinde sein. Für diesen Vertreter ist in gleicher Weise ein Ersatzmitglied zu bestellen.

Gemeinde	Mitglieder
St. Anton am Arlberg	2
Pettneu	1
Flirsch	1
Strengen	1
Summe	5

- 2) In der Verbandsversammlung ist auch ein kooptiertes Mitglied ohne Stimmrecht der Geschäftsführung der Energie- und Wirtschaftsbetriebe der Gemeinde St. Anton GmbH vertreten.
- 3) Der Verbandsversammlung gehört auch der Vertreter der Bediensteten, im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter, mit beratender Stimme an.
- 4) Der Verbandsversammlung obliegt die Beschlussfassung in allen Angelegenheiten des Gemeindeverbandes, die nicht vom Verbandsobmann zu besorgen sind. Jedenfalls ist sie zuständig für:
 - a) Die Wahl des Verbandsobmannes und seines Stellvertreters,
 - b) die Erlassung und die Änderung der Satzung nach Maßgabe des §133 Abs. 2 TGO 2001,
 - c) die Festsetzung des Voranschlages und die Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss,
 - d) die Wahl der Mitglieder des Überprüfungsausschusses,
 - e) die Beschlussfassung darüber, ob Vorauszahlung nach § 141 Abs. 4 TGO 2001 zu entrichten sind. Ebenso darüber, in welcher Höhe, in welcher Anzahl und mit welcher Fälligkeit solche Vorauszahlungen vorgeschrieben werden.
- 5) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und der Verbandsobmann oder sein Stellvertreter und insgesamt mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Wird diese Anzahl nicht erreicht, so ist innerhalb von 2 Wochen eine weitere Sitzung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. Zu einem gültigen Beschluss und zu einer gültigen Wahl ist die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich.
- 6) Die Verbandsversammlung hat nach Bedarf, mindestens aber halbjährlich, zusammenzutreten. Auf Verlangen eines Mitgliedes ist sie binnen einer Woche einzuberufen. Die Leitung der Verbandsversammlung obliegt dem Verbandsobmann.

§ 3

Verbandsobmann

- 1) Der Verbandsobmann und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte auf 6 Jahre gewählt. Sie haben ihre Geschäfte bis zur Neuwahl des Verbandsobmannes bzw. seines Stellvertreters weiterzuführen. Das Vorschlagsrecht für den Verbandsobmann betrifft allein die Gemeinde St. Anton a. A. Das Vorschlagsrecht für den Stellvertreter teilen sich die restlichen Gemeinden. Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer beim zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, das von dem an Jahren jüngsten Mitglied der Verbandsversammlung zu ziehen ist. Der Verbandsobmann wird im Falle seiner Verhinderung durch seinen Stellvertreter, bei dessen Verhinderung durch das jeweils ältesten der übrigen Mitglieder der Verbandsversammlung vertreten.
- 2) Dem Verbandsobmann obliegt:
 - a) Die Einberufung der Verbandsversammlung,
 - b) der Vorsitz in der Verbandsversammlung,

- c) die Vollziehung der Beschlüsse der Verbandsversammlung sowie die Besorgung aller zur laufenden Geschäftsführung gehörenden Angelegenheiten,
- d) die Vertretung des Gemeindeverbandes nach außen. In Angelegenheiten, in denen die Beschlussfassung der Verbandsversammlung obliegt, jedoch nur im Rahmen der entsprechenden Beschlüsse,
- e) die Leitung der Geschäftsstelle des Gemeindeverbandes, soweit kein Geschäftsführer für die Geschäftsstelle bestellt ist.
- f) die Erstellung des Entwurfes des Voranschlages und die Erstellung des Rechnungsabschlusses sowie deren Vorlage an die Verbandsversammlung,
- g) die Besorgung der Aufgaben des übertragenden Wirkungsbereiches.

§ 4

Überprüfungsausschuss

Die Verbandsversammlung hat einen Überprüfungsausschuss zu wählen.

Der Überprüfungsausschuss besteht aus drei Mitgliedern, welche Mitglieder des Gemeinderates der jeweiligen Verbandsgemeinden sein müssen. Sie sollten aus unterschiedlichen Verbandsgemeinden stammen. Die Mitglieder werden auf 6 Jahre gewählt.

Der Obmann des Überprüfungsausschusses ist aus Mitgliedern der Gemeinden, die nicht den Verbandsobmann stellen, zu wählen.

Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen. Kommt im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht zustande, so gilt als gewählt, wer beim zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das vom - an Jahren - jüngsten Mitglied der Verbandsversammlung zu ziehen ist.

§ 5

Geschäftsstelle

- 1) Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich im Büro der Abwasserreinigungsanlage in Flirsch, Pardöll 9 in 6572 Flirsch. Sie dient der Unterstützung der Verbandsorgane und erledigt alle anfallenden Arbeiten für Verwaltung und Betrieb des Verbandes. Die Geschäftsstelle untersteht den Weisungen des Obmannes und wird vom Geschäftsführer verantwortlich geführt.
- 2) Der Geschäftsstelle obliegen, sofern nicht an externe Stellen übergeben, insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Die Besorgung aller für den laufenden, satzungsgemäßen und wirtschaftlichen Betrieb erforderlichen Angelegenheiten
 - b) Die Führung einer, den Satzungen und den einschlägigen Gesetzen entsprechenden Buchhaltung, Lohnverrechnung sowie eines ordnungsgemäßen Kassen- und Rechnungswesens samt Steuerbuchhaltung.
 - c) Die Führung des Dienstpersonals mit allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.
 - d) Die Führung von Aufzeichnungen, Berechnungen und Auswertungen zur Kontrolle des laufenden Verbandsgeschehens und seiner Wirtschaftlichkeit.
 - e) Die Organisation sämtlicher Versicherungsangelegenheiten.

§ 6

Geschäftsführer

- 1) Der Geschäftsführer hat ausreichende Kenntnisse zur verantwortlichen Führung eines Betriebes im technischen und/oder kaufmännischen Bereich zu besitzen.
- 2) Der Geschäftsführer ist für die verwaltungsmäßigen, kaufmännischen und technischen Erledigungen in allen Bereichen der Verbandsaufgaben zuständig. Er hat die gesamte selbstständige verantwortliche Leitung des Verbandes einschließlich der Organisation wahrzunehmen und ist hierfür dem Obmann verantwortlich. Er unterstützt auch den Obmann in allen seinen Aufgaben. Insbesondere obliegt dem Geschäftsführer:

- a. Die Aufsicht über das laufende Verbandsgeschehen, insbesondere über einen sicheren und wirtschaftlichen Betrieb der Verbandsanlagen und der Erfüllung der behördlichen Bescheide und Auflagen.
 - b. Die Wahrnehmung der regelmäßig wiederkehrenden Geschäfte (z. B. Beschaffung von Hilfs- und Betriebsstoffen) sowie der Investitionsgüter des laufenden Betriebes.
 - c. Der Personaleinsatz.
 - d. Die Vertretung des Verbandes bei Behördenverfahren.
 - e. Die Abwicklung der Entschädigungen (Grunddienstbarkeiten, Flurschäden) mit Grundstücksbesitzern.
 - f. Die Koordination von Projektierungs- und Bauangelegenheiten, sowie die verbandsinterne Überwachung des gesamten Bauvorhabens.
 - g. Die Wahrnehmung und Kontrolle aller Bau- und Lieferleistungen und des damit verbundenen Zahlungsvollzuges.
 - h. Die Einrichtung eines ordnungsgemäßen Rechnungswesens.
 - i. Die Überwachung der Einhaltung des Voranschlages und der einschlägigen Vorschriften über die Geschäftsgebarung.
 - j. Die laufende Auswertung der Betriebsergebnisse.
 - k. Die Beratung der Verbandsorgane in betriebswirtschaftlichen und technischen Fragen, sowie im Verkehr mit Behörden und sonstigen Dienststellen.
 - l. Die Beachtung der öffentlich- und privatrechtlichen Rechte und Pflichten des Verbandes. Die Erstellung und laufende Evaluierung von Betriebsordnungen.
- 3) Unbeschadet der Zuständigkeit des Obmannes obliegt dem Geschäftsführer die rechtzeitige Vorbereitung der Sitzungen der Verbandsorgane. Er hat die Tagesordnungspunkte vorzubereiten, Einladungsschreiben rechtzeitig zu veranlassen und schriftliche Vorbemerkungen mit Empfehlungen für die Beschlussfassung vorzulegen.
 - 4) Der Geschäftsführer bereitet die Unterlagen und Beschlüsse für die Mitgliederversammlung und des Vorstandes vor. Er hat an den Sitzungen der Verbandsorgane teilzunehmen, Berichte zu erstatten und Niederschriften zu verfassen.
 - 5) Der Geschäftsführer bereitet Verträge durch entsprechende Verhandlungen mit den Beteiligten und den zuständigen Stellen vor und sorgt für die Durchführung. Analoges gilt auch für die Abwicklung von Schadensfällen.
 - 6) Bei der Vorbereitung der Planung von Verbandsanlagen hat der Geschäftsführer mitzuwirken und dabei das technische Gesamtkonzept des Verbandes zu vertreten und insbesondere die wirtschaftlichen Belange des Verbandes wahrzunehmen.
 - 7) Der Geschäftsführer ist gegenüber dem Betriebspersonal weisungsbefugt und für den wirtschaftlichen Arbeitseinsatz verantwortlich.
 - 8) Der Geschäftsführer ist befugt, im Rahmen der verfügbaren Mittel Anschaffungen des laufenden Geschäftsbetriebes im Rahmen des in der Verbandsversammlung beschlossenen ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes selbstständig zu tätigen.
 - 9) In Wahrnehmung seiner Aufgaben ist der Geschäftsführer befugt, notwendige Dienstreisen innerhalb des Verbandsgebietes, sowie zu Behörden, Ämtern, Fachtagungen u. Ä. durchzuführen. Diese Fahrten werden, falls keine anderweitige Vereinbarung vorliegt, nach dem amtlichen Kilometergeld entschädigt.

§ 7

Haftung

Dritten gegenüber haften die dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden für dessen Verbindlichkeiten zur ungeteilten Hand. Die dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden haften untereinander im Verhältnis ihrer Beitragspflicht nach § 10. Abs. 2 bis 4.

§ 8

Verbandsanlagen

- 1) Der Verband erstellt die zur Erfüllung der Verbandsaufgaben notwendigen Anlagen und Einrichtungen. Sie werden von ihm betrieben sowie erhalten und je nach Bedarf erneuert und erweitert.

- 2) Die Erstellung, die Erhaltung und Betrieb der örtlichen Abwasserbeseitigungsanlagen obliegt den Verbandsgemeinden.
- 3) Die Verbandsanlagen umfassen den **Transportkanal I** von St. Christoph a. A., beginnend am westlichen Ende der „Heinrich Findelkind Galerie“ bis zur Einmündung in das Regenüberlaufbecken St. Anton (auf der GP 1018/1 KG 84010 östlich von St. Anton a. A.) sowie den **Transportkanal II** (Regenüberlaufbecken St. Anton bis zur Kläranlage Flirsch) und die **Abwasserreinigungsanlage**.
- 4) Die Erstellung, die Erhaltung und der Betrieb des Transportkanales von Strengen nach Flirsch inkl. der Pumpstationen obliegt einzig der Gemeinde Strengen.
- 5) Die Herstellung und Erhaltung einer geordneten Zufahrt zur Kläranlage, einschließlich des Grunderwerbes hierzu, ist Aufgabe des Verbandes.
- 6) Der Verband kann von seinen Mitgliedern verlangen, dass gewerbliche und industrielle Abwässer vorbehandelt werden, falls durch die besondere Beschaffenheit des anfallenden Wassers die Funktionsfähigkeit der Verbandsanlagen gefährdet werden kann und erhöhte Betriebskosten zu erwarten sind.

§ 9

Pflichten der Gemeinden des Verbandes

Die Gemeinden des Verbandes sind verpflichtet,

- a) den Verbandszweck nach Kräften zu fördern,
- b) den Beschlüssen der Verbandsversammlung und den darauf beruhenden Anordnungen der übrigen Organe des Verbandes (wenn vorhanden) in Verbandsangelegenheiten zeitgerechte Rechnung zu tragen,
- c) die festgesetzten Beträge zu leisten,
- d) den Verbandsorganen auf Verlangen über alle Tatsachen und Rechtsverhältnisse jene Auskunft zu geben, die für die Erfüllung der Verbandsaufgaben und für die Beurteilung der Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft notwendig sind und,
- e) den Verbandsobmann zu verständigen, wenn von ihnen Maßnahmen beabsichtigt sind, die voraussichtlich die Aufgaben des Verbandes berühren.

§ 10

Aufbringung der Mittel

- 1) Zur Deckung des durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Aufwandes, der dem Verband aus der Erfüllung seiner Aufgaben erwächst, haben die Verbandsgemeinden an den Verband folgende Beiträge zu leisten:
 - a) **Investitionsbeiträge** zur Deckung des Aufwandes für die Errichtung und Erweiterung der Verbandsanlage. Unter Errichtungsaufwand sind zu verstehen: die Kosten für den Grunderwerb, die Planung und die Baukosten, sowohl bei der Ersteinrichtung der Verbandsanlagen als auch für laufende Erweiterungsmaßnahmen einschließlich der Zufahrten.
 - b) **Schuldendienstbeiträge** zur Deckung des Aufwandes für die Beschaffung, die Verzinsung und Rückzahlung der Finanzierung des Errichtungsaufwandes nach aufgenommenen Darlehen sowie der Aufwand für die Bildung allfälliger Rücklagen.
 - c) **Betriebsbeiträge** zur Deckung des Aufwandes des Verbandes für die Verbandsverwaltung, für den Betrieb und die Erhaltung der Verbandsanlagen.
- 2) Die Beiträge (Investitions- und Schuldendienstbeiträge) nach Abs 1 lit a und b werden für den **Transportkanal I** zu 100 % von der Gemeinde St. Anton a. Arlberg getragen.
- 3) Die Beiträge (Investitions- und Schuldendienstbeiträge) nach Abs 1 lit a und b werden für den **Transportkanal II** mit folgendem Aufteilungsschlüssel auf die einzelnen Verbandsmitglieder aufgeteilt: Anteile aus Einwohnerzahl 2018 und Gästebetten x 2 aus dem Jahr 2018. Basierend auf diesem Aufteilungsschlüssel beträgt der anteilmäßige Aufwand der Verbandsmitglieder:

	Einwohner	Gästebetten x 2	prozent. Anteil
St. Anton a. A.	2.358	23.242	77,12 %
Pettneu	1.500	3.452	14,92 %
Flirsch	1.008	1.634	7,96 %

- 4) Die Beiträge (Investitions- und Schuldendienstbeiträge) nach Abs 1 lit a und b werden für die **Abwasserreinigungsanlage** mit folgendem Aufteilungsschlüssel auf die einzelnen Verbandsmitglieder aufgeteilt:

Anteile aus Einwohnerzahl 2018 und Gästebetten x 2 aus dem Jahr 2018. Basierend auf diesem Aufteilungsschlüssel beträgt der anteilmäßige Aufwand der Verbandsmitglieder:

	Einwohner	Gästebetten x 2	prozent. Anteil
St. Anton a. A.	2.358	23.242	73,62 %
Pettneu	1.500	3.452	14,24 %
Flirsch	1.008	1.634	7,60 %
Strengen	1.207	370	4,54 %

- 5) Die Beiträge nach Abs 1 lit a, b und c werden für die **Tierkadaverstation** auf je ein Viertel der Mitgliedsgemeinden aufgeteilt (25 % je Gemeinde).
- 6) Diese Beitragsschlüssel nach Abs 3 und 4 werden alle 5 Jahre entsprechend den tatsächlichen Einwohnern und Gästebetten aktualisiert.
- 7) Die aufgenommen Darlehen in den Jahren 2005, 2007 sowie den Folgejahren werden nach diesen Beitragsschlüsseln aufgeteilt.
- 8) Alle vor dem Jahr 2005 aufgenommenen Darlehen werden, sofern sie den **Transportkanal II** betreffen, nach dem Beitragsschlüssel von 1995 aufgeteilt:

St. Anton a. A.	57,00 %
Pettneu a. A.	27,00 %
Flirsch	16,00 %

- 9) Alle vor dem Jahr 2005 aufgenommenen Darlehen werden, sofern sie die **Abwasserreinigungsanlage** betreffen, nach dem Beitragsschlüssel von 1995 aufgeteilt:

St. Anton a. A.	54,10 %
Pettneu a. A.	22,40 %
Flirsch	13,70 %
Strengen	9,80 %

- 10) Die **Betriebsbeiträge** (Kosten für den Betrieb, die laufende Instandhaltung der Anlagen und der Verwaltungsaufwand des Verbandes) nach Abs 1 lit c werden für den **Transportkanal I** von der Gemeinde St. Anton am Arlberg zu 100 % getragen.
- 11) Die **Betriebsbeiträge** (Kosten für den Betrieb, die laufende Instandhaltung der Anlagen und der Verwaltungsaufwand des Verbandes) nach Abs 1 lit c für den **Transportkanal II** werden, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt wird, nach dem jährlichem Wasserverbrauch und Fremdwasser- bzw. Oberflächenwasseranteil errechnet. Dabei werden die jährlichen Ablesungen des Wasserverbrauches der Hauswasserzähler der einzelnen Gemeinden mit 70 % Anteil, und der Fremdwasser- bzw. Oberflächenwasseranteil prozentuell nach o. a. Wasserverbrauch mit 30 % Anteil berechnet. Der Schlüssel wird jährlich rückwirkend berechnet.

Die Anteile der einzelnen Gemeinden betragen für das Jahr 2018:

Wasserverbrauch	Anteil	Oberflächenwasser	prozent. Anteil
St. Anton a. A.	492.058	1.325.419	73,63 %
Pettneu	109.706	295.670	16,43 %
Flirsch	66.420	178.911	9,94 %

- 12) Die **Betriebsbeiträge** (Kosten für den Betrieb, die laufende Instandhaltung der Anlagen und der Verwaltungsaufwand des Verbandes) nach Abs 1 lit c für die **Abwasserreinigungsanlage** werden, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt wird, nach dem jährlichem Wasserverbrauch und

Fremdwasser- bzw. Oberflächenwasseranteil errechnet. Dabei werden die jährlichen Ablesungen des Wasserverbrauches der Hauswasserzähler der einzelnen Gemeinden mit 70 % Anteil, und der Fremdwasser- bzw. Oberflächenwasseranteil prozentuell nach o. a. Wasserverbrauch mit 30 % Anteil berechnet. Der Schlüssel wird jährlich rückwirkend berechnet.

Die Anteile der einzelnen Gemeinden betragen für das Jahr 2018:

	Wasserverbrauch	Anteil Oberflächenwasser	prozent. Anteil
St. Anton a. A.	492.058	1.325.419	69,82 %
Pettneu	109.706	295.670	15,57 %
Flirsch	66.420	178.911	9,42 %
Strengen	53.541	0	5,19 %

- 13) Die Kosten für den Betrieb, die laufende Instandhaltung der Anlagen und der Verwaltungsaufwand des Verbandes für die **Tierkadaverstation** werden, auf je ein Viertel der Mitgliedsgemeinden aufgeteilt (25 % je Gemeinde).
- 14) Wird infolge der Vergrößerung des Abwasseranfalles oder der Änderung der Abwasserzusammensetzung eine Erweiterung der Verbandsanlagen notwendig, sind die Kosten hierfür auf die verbandsangehörigen Gemeinden im Verhältnis ihres Mehrbedarfes in der Satzung festzusetzen.

§ 11

Fälligkeit und Entrichtung der Beitragsanteile der Verbandsgemeinden

Der Verbandsobmann hat den Gemeinden bis spätestens 31. Oktober die im folgenden Jahr zu entrichtenden Vorauszahlungen sowie nach dem Vorliegen des Rechnungsabschlusses unverzüglich die für das jeweilige Abrechnungsjahr zu leistenden Beiträgen schriftlich mitzuteilen. Aufgrund des Rechnungsabschlusses sich ergebende Nachzahlungen sind von den Verbandsgemeinden nach der Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss binnen einem Monat nach dem Erhalt der Vorschreibung zu entrichten. Aufgrund des Rechnungsabschlusses sich ergebende Guthaben sind den Verbandsgemeinden auf die nächstfolgenden Vorauszahlungen bzw. auf den nächstfolgenden Beitrag anzurechnen.

§ 12

Überschuss

Ein allfälliger im Rahmen der Erstellung eines Rechnungsabschlusses festgestellter Überschuss aus dem laufenden Betrieb des Gemeindeverbandes ist auf Basis des Schlüssels § 10 den einzelnen Verbandsgemeinden gutzuschreiben und wird bei der nächstfolgenden Vorauszahlung bzw. Zahlungen der einzelnen Gemeinde angerechnet.

§ 13

Nachträglicher Beitritt

Tritt eine Gemeinde nachträglich in den Gemeindeverband ein, so hat sie vom Tag ihres Eintrittes an Beiträge nach § 10 zu leisten. Wird der Eintritt nicht mit dem Beginn eines Kalenderjahres wirksam, so hat die Gemeinde die Beiträge aliquot auf Basis des Kalenderjahres zu leisten. Dabei gilt, dass jeder angefangene Monat als voller Monat verrechnet wird. Außerdem hat eine eingetretene Gemeinde dem Gemeindeverband einen Beitrag (für den vor ihrem Eintritt entstandenen Aufwand für Investitionen) zu leisten. Bei der Festsetzung dieses Beitrages ist eine Wertminderung des Anlagenvermögens angemessen zu berücksichtigen.

§ 14

Ausscheiden

Scheidet eine Gemeinde aus dem Gemeindeverband aus, so hat sie keinen - wie immer gearteten - Anspruch auf Erstattung der von ihr eingebrachten Leistungen. Ihr geleisteter Vermögensanteil verfällt zugunsten der im Gemeindeverband verbleibenden Gemeinden. Die ausscheidende Gemeinde hat außerdem dem Verband allfällige aus dem Austritt herrührende Kosten vollumfänglich zu ersetzen.

§ 15**Auflösung und Verwendung des Vermögens**

Bei Auflösung des Gemeindeverbandes ist das Vermögen zur Deckung seiner Schulden und Verbindlichkeiten heranzuziehen. Das verbleibende Vermögen ist auf die beteiligten Gemeinden in dem Verhältnis aufzuteilen, in dem sie zur Bildung des Vermögens nach § 10 dieser Satzung beigetragen haben.

§ 16**Sinngemäße Geltung von Bestimmungen**

Soweit in dieser Satzung oder gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Organisation und die Organe des Gemeindeverbandes die Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung 2001 LBG. Nr. 36/2001, in der Fassung LGBl. Nr. 116/2020, sinngemäß, wobei dem Gemeinderat die Verbandsversammlung, dem Gemeindevorstand der Verbandsausschuss und dem Bürgermeister der Verbandsobmann entspricht.

§ 17**Geschlechtsspezifische Bezeichnung**

Personenbezogene Begriffe in der Satzung haben keine geschlechtsspezifische Bedeutung. Sie sind bei der Anwendung auf bestimmte Personen in der jeweils geschlechtsspezifischen Form zu verwenden.

§ 18**In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten**

Diese Satzung des Gemeindeverbandes „Abwasserverband Oberes Stanzertal“ tritt mit ihrer Genehmigung (Bescheid) durch die Tiroler Landesregierung in Kraft.

10. Beratung und Beschlussfassung über die Änderungen Vereinsstatuten der Umweltwerkstatt für den Bezirk Landeck

In der Jahreshauptversammlung am 17.06.2021 wurde die Änderung der Vereinsstatuten der umweltwerkstatt beschlossen. Die Änderung umfasst lediglich die Funktionsperiode von Vorstand und Rechnungsprüfer, welche von 2 auf 6 Jahre verlängert werden soll und somit an die Funktionsperioden in den Gemeinden angepasst werden (§ 11 Vorstand und § 16 Rechnungsprüfer).

§ 11**DER VORSTAND**

- (1) Der Vorstand (er ist das Leitungsorgan im Sinne des Vereinsgesetzes 2002) besteht aus:
 - dem/der Obmann/Obfrau
 - dem Stellvertreter
 - dem Schriftführer
 - dem Kassier
 - und bis zu fünf weiteren Mitgliedern von Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden.
- (2) Bei Ausscheiden eines Mitgliedes hat der Vorstand das Recht, ein anderes wählbares Mitglied gegen nachträgliche Genehmigung der Vollversammlung in den Vorstand aufzunehmen.
- (3) Die Funktionsdauer des Vorstandes beträgt *sechs* Jahre. Eine Wiederwahl ist möglich.
- (4) Der Vorstand wird vom Obmann / von der Obfrau, bei dessen Verhinderung vom Stellvertreter einberufen. Er fasst seine Beschlüsse bei zwingender Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
- (5) Den Vorsitz führt der Obmann / die Obfrau, bei seiner Verhinderung der Stellvertreter.
- (6) Außer durch Tod und Ablauf der Funktionsperiode erlischt die Funktion eines Vorstandsmitgliedes durch Enthebung oder freiwilligen Rücktritt.
- (7) Die Vollversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entlassen.
- (8) Die Vorstandsmitglieder müssen ihren Rücktritt schriftlich erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand zu richten, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstandes an die Vollversammlung. Der Rücktritt wird erst mit der Bestellung eines Nachfolgers wirksam.

§ 16**RECHNUNGSPRÜFER**

Aus den ordentlichen Mitgliedern werden zwei Rechnungsprüfer von der Vollversammlung auf die Dauer von *sechs* Jahren gewählt, eine Wiederwahl ist möglich. Den Rechnungsprüfern obliegt die laufende Geschäftskontrolle, die Überprüfung der statutengemäßen Verwendung der Mittel und die Überprüfung

des Rechnungsabschlusses. Sie haben der Vollversammlung über das Ergebnis der Überprüfung zu berichten und an allen Sitzungen, in denen Prüfungsberichte der Rechnungsprüfer auf der Tagesordnung stehen, teilzunehmen. Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Zustimmung eines anderen Vorstandsmitglieds. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 6 bis 8 sinngemäß. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.

Der Gemeinderat der Gemeinde Strengen beschließt einstimmig den beabsichtigten Änderungen der Vereinsstatuten der Umweltwerkstatt zuzustimmen.

11. Aussprache zur Vorgangsweise, betreffend Vergabe Urnengräber

Aufgrund der Errichtung unserer neuen Urnengrabstätten sollten die Vergaberichtlinien dazu noch ausgearbeitet werden, damit in einer der nächsten GR-Sitzung eine entsprechende Änderung der Friedhofsordnung beschlossen werden kann. Aufgrund Anfragen an andere Gemeinden, ist man darauf gekommen, dass eigentlich jede Gemeinde für sich eine eigene Lösung hat.

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat eine Kostenaufstellung Vergleich Erdgrab – Urnengrab zur Beratung zur Kenntnis.

Grundsätzlich ist eine Entscheidung zu treffen, ob die Anschaffungskosten der Urnensäule an den jeweiligen Inhaber in Form eines einmaligen Beitrages oder in Form von laufenden Beiträgen weitergegeben werden sollen. Der Gemeinderat befindetet, dass dies in Form eines einmaligen Beitrages stattfinden soll, wobei die Benützung des Grabes auf eine Dauer von 30 Jahren (analog Familiengräber) beschränkt werden sollte (Verlängerungen auf Antrag sollten möglich sein). Die Zuteilung sollte nur nach Bedarf erfolgen, eine Reservierung einer Urnengrabstätte ist nicht möglich. Desweiteren regt der Gemeinderat an noch einige Urnengrabstätten nur für 2 Urnen zu errichten, da nicht alle ein Grab mit 5 Urnen benötigen.

12. Beratung und Beschlussfassung zu diversen Spendensuchen

- Ansuchen der allgemeinen Sonderschule um Beitrag für den Wandkalender 2022.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig einen Sponsorbeitrag für ½ Seite € 60,00 zu leisten. Dies soll angewiesen werden.

- Seitens der Pfarre wurde ein Ansuchen um Unterstützung bezüglich Sanierung Dach Gnadenkapelle eingebracht. Die Kosten laut Angebot wurden mit € 3.800,00 angegeben.

Der Gemeinderat ist einstimmig dafür, dass dieser Beitrag als Förderung für die Gnadenkapelle übernommen und bezahlt werden sollte.

13. Personalangelegenheiten

Der Gemeinderat beschließt einstimmig für die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Niederschrift zu dieser Angelegenheit erfolgt in einem eigens geführten Heft.

14. Anfragen, Anträge, Allfälliges

- Vzgbm.Zangerl R. berichtet über den wahrgenommenen Termin zu Verhandlung „Bewilligung und gewerberechtliche Betriebsanlagengenehmigung mit Oberflächenentwässerung für eine LKW-Garage samt überdachtem Lagerbereich und überdachtem Stellplatz auf der Gp.2566/16 von Fa.Falch Erwin Transport und Erdbau GmbH.,6580 St.Anton a.A. vom 17.08.2021.

Dazu wurden von Bgmstv. Zangerl R. einige Punkte eingebracht die im Bescheid so festgehalten und niedergeschrieben wurden. Der Bewilligungsbescheid mit der GZ.:LA-BA-3767/1/19-2021 vom 10.09.2021 liegt vor.

- Bgmstv. Zangerl R. erwähnt, dass seiner Meinung nach bei den neuen Friedhofsstiegen die Farbe nicht so ist, wie in Auftrag gegeben wurde. Ebenso war seiner Meinung nach ausgemacht, dass die Platten für die Stiegen in einer Länge, nicht getrennt verlegt werden. Bgm. Sieß findet auch, dass der Stein tatsächlich etwas heller erscheint wie das damals vorliegende Muster, dies aber auf die

unterschiedlichen Farben bei Natursteinen zurückzuführen sein könnte. Hinsichtlich der Platten wird darauf hingewiesen, dass die Verlegung einer durchgehenden Platte früher einmal im Gespräch war, vom Friedhofsausschuss bzw. Bauausschuss jedoch ein Verbund festgelegt wurde

- Desweiteren regt Bgmstv. Zangerl an, dass der Vorplatz beim Kriegerdenkmal seiner Meinung nach auch noch gepflastert gehört.
- In Zukunft sollte auch bei Baulandumlegungsverfahren mehr darauf geachtet werden, dass bei Straßenverbreiterungen so viel Grund zur Verfügung stehen sollte, dass es keine Mauern, sondern nur Böschungen braucht. Dies wäre für die Gemeinde kostensparender.
- GR.Juen R. regt noch an, dass bei Sanierungen der Straßen, speziell die Kanaldeckel mitgemacht werden sollen. Im Bereich Unterverill ist schon seit längerer Zeit überfällig was zu machen.
- Bgm.Sieß spricht noch kurz über die aufgrund von vielen Baustellen bei unseren Gemeindestraßen Verkehrsprobleme an. Ist oft schwierig alles zu koordinieren. Verständnis der Bevölkerung ist größtenteils gegeben.
- Dem Antrag von Bgm. Sieß, dass jene Personen die zwar hauptwohnsitzmäßig in Strengen gemeldet sind, tatsächlich sich aber in einem Wohn- und Pflegeheim befinden, bei der Bemessung der Restmüllminderungen nicht berücksichtigt werden, stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

f.d.R.d.P. Senn Martin